

## Sozialreform, Sozialismus, Reaktion

Chile 1964–1974

*Dreimal innerhalb des letzten halben Jahres haben die chilenischen Bischöfe das gegenwärtige Militärregime öffentlich kritisiert. Das erste Mal in ihrer Erklärung vom 25. April, in der sie die volle Wiederherstellung der rechtsstaatlichen Ordnung forderten; das zweite Mal am 23. August in einer Eingabe (zusammen mit den Führern anderer Religionsgemeinschaften) an die Militärjunta, in der sie u. a. die Aufhebung des Kriegsrechts, das jetzt zum ersten Jahrestag des Putsches nur wenig gemildert wurde, die Freilassung politischer Gefangener und gerechte Prozesse vor Zivilgerichten forderten; das dritte Mal am 19. September in einer Predigt des Kardinals Silva Henríquez zum Unabhängigkeitstag, in der dieser das Regime in Anwesenheit der Junta vor dem Weg in die Diktatur warnte. Wir werden im nächsten Heft diesen Aspekt ausführlich dokumentieren. Der hier folgende Bericht gibt einen Rückblick über die Ursachen, die nach Meinung der Autoren zum Scheitern Allendes führten. Er macht auch deutlich, warum sich die Kirche in den letzten Monaten zur einzigen, nicht ganz wirkungslosen Oppositionskraft entwickelt hat.*

Der politische Prozeß in Chile, der zur Wahl Allendes zum Staatspräsidenten, zum Militärputsch vom 11. September 1973 und zur Errichtung der Militärdiktatur führte, beginnt in den frühen sechziger Jahren. Zu dieser Zeit lösen die sogenannten „partidos modernizantes“, die sozialreformerischen Parteien, die traditionellen Parteien (Liberale, Konservative, Radikale) in der politischen Vorherrschaft ab. Höhepunkt dieser Entwicklung ist der Wahlkampf von 1964: die Vertreter sozialreformerischer Programme, *Eduardo Frei* und *Salvador Allende*, machen den Wahlsieg unter sich aus. Der Christdemokrat erreicht 56 Prozent der Wählerstimmen, der Kandidat von Kommunisten und Sozialisten 38 Prozent.

### I. Von der „Revolution in Freiheit“ zur sozialistischen Revolution

Die Grundüberzeugung der Christdemokraten war, daß Chile sich in einer „integralen Krise“ befinde, deren Lösung allein mittels grundlegender sozialer, wirtschaftlicher, politischer und kultureller Reformen herbeigeführt werden könne. Um dies zu erreichen, bot die Christdemokratie ein Programm an, das innerhalb der bestehenden

Verfassung und Gesetze verwirklicht werden sollte. Man wollte eine „Revolution in Freiheit“.

Die Durchführung des Programms stieß auf heftigen Widerstand der chilenischen Rechten, die strukturelle Reformen ablehnte, und der marxistischen Linken, die im Programm von Frei nur einen „bürgerlichen Reformismus“ sah, der das kapitalistische System nur konsolidieren sollte, statt es zu überwinden. Im Kampf gegen die beiden Gegner rechts und links, die parlamentarisch (im Senat) über eine Mehrheit verfügten, gelang es Frei nur, einen Teil seines Programms durchzusetzen. Der Rhythmus, in dem dies geschah, lag weit unter den Erwartungen der ungeduldligen Jugend seiner Partei, so daß sehr bald Unzufriedenheit in den eigenen Reihen der Christdemokraten aufkam.

Indem Frei sich an die Legalität hielt und direkt-revolutionäre Aktionen unterdrückte, akzeptierte er das langsame Voranschreiten seiner Reformen. Seine Politik der „Chilenisierung“ des Kupfers zeigte ein erstes Ergebnis erst ein Jahr nach Vorlage des Gesetzentwurfs im Kongreß im Jahre 1966, während ein neuer, tiefgreifender Schritt, der zu einer Art „ausgehandelter Nationalisierung“ führte, erst Ende 1969 zustande kam, ein Jahr vor Ende der Mandatszeit. Das Gesetz über die Agrarreform passierte den Kongreß erst 1967. Eine Teilreform der Verfassung, 1965 initiiert, gelang erst 1969, allerdings nur in einigen Punkten und mit der Auflage, daß sie erst nach Ablauf der Amtsperiode von Frei in Kraft treten würde.

Innerhalb der Christdemokratie entstanden Gruppen, die sowohl einen schnelleren Rhythmus als auch eine Vertiefung der Sozialreformen forderten. Sie betrachteten die Ergebnisse der Frei-Regierung als ungenügend und waren gewillt, für die nachfolgenden Präsidentschaftswahlen Konsequenzen zu ziehen. Sie forderten eine „Volkseinheit“, das heißt den Versuch, ein Bündnis mit den marxistischen Parteien unter einem gemeinsamen Kandidaten zu schließen. *Radomiro Tomic*, unbestrittener Kandidat der Christdemokraten für die Wahlen, stellte sich an die Spitze dieser Forderungen, die eine heftige innerparteiliche Kontroverse auslösten. Als der gemäßigte Flügel der Partei, der einen „eigenen Weg“ propagierte und damit eine Bündnispolitik der Christdemokraten ausschloß, die Abstimmung auf dem DC-Parteitag gewann, trat ein Teil des linken Flügels aus der Christdemokratie aus, bildete den MAPU (Bewegung für eine einheitliche Volksaktion) und arbeitete weiter für die Bildung einer Volkseinheit, nun ohne die Christdemokraten.

Mit dieser ersten Abspaltung von der Christdemokratie erhielten die Bemühungen um das Zustandekommen einer Volkseinheit, die vor allem von der Kommunistischen Partei seit etwa 1964 getragen wurden, einen bedeutenden Aufschwung. Die Erfahrungen der Wahlen von 1958 und 1964 hatten gezeigt, daß die marxistischen Parteien allein die Präsidentschaftswahlen nicht würden gewinnen können. Die langsam Form annehmende Annäherung der Radikalen Partei an die marxistischen Parteien und die Abspaltung des linken Flügels der Christdemokratie bildeten die Voraussetzungen dafür, daß das Konzept eines Klassenbündnisses zwischen Arbeiterklasse und kleinbürgerlichen Mittelschichten verwirklicht werden konnte. Dazu bedurfte es allerdings noch schwieriger Verhandlungen, zum einen, um ein gemeinsames Programm vorzulegen, zum anderen, um sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Das Basisprogramm der Volkseinheit sah revolutionäre antikapitalistische Maßnahmen vor (Nationalisierung des Kupfers, Verstaatlichung strategischer Industriebetriebe, Agrarreform, Verstaatlichung der Banken etc.). Der Übergang zum Sozialismus sollte jedoch im Rahmen der Verfassung und mit friedlichen Mitteln vor sich gehen. Auch sollte eine gemischte Wirtschaftsverfassung (drei Wirtschaftssektoren) eingerichtet, das Privateigentum an Produktionsmitteln also nicht gänzlich abgeschafft werden. Veränderungen des politischen Systems sollten verfassungsgemäß, mehrheitlich durch Kongreß oder Wählerschaft herbeigeführt werden. Zum Kandidaten der Volkseinheit wurde schließlich Salvador Allende bestimmt.

Tomic, Verfechter der Volkseinheitsthese, kandidierte im Konzept des „eigenen Weges“. Dieser Umstand schmälerte erheblich die Chancen der Christdemokratie, die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen. Viele Wähler stimmten am 4. September 1970 für Jorge Alessandri, den Rechtskandidaten, und nicht für Tomic, der Wahlkampfbehauptung der Rechten folgend, daß Tomic und Allende „das gleiche seien“. Ein Teil der Christdemokratie fühlte sich durch Tomic nicht repräsentiert und versagte ihm die Unterstützung. Dieser Mangel an Solidarität ging bis in die Regierung Frei hinein. So landete Tomic abgeschlagen auf dem dritten Platz, während Salvador Allende, zur Überraschung selbst großer Teile der Volkseinheit, die Wahlen knapp vor Alessandri gewinnen konnte<sup>1</sup>. Damit eröffnete sich in Chile ein einmaliges Experiment: einen zweiten Weg zum Sozialismus zu beschreiten und mittels tiefgreifender Strukturformen Chile aus der Unterentwicklung herauszuführen.

## II. Rolle und Entwicklung der Kirche in Chile

Die katholische Kirche Chiles war die erste in Lateinamerika, die über traditionelle politische Positionen hin-

auswuchs. Die kirchliche Hierarchie hat sich dem Wandel weniger angepaßt als ihn selbst mit angeführt. Diese Entwicklung war entscheidend für den Aufstieg der Christdemokratie. Die Kirche trennte sich von der Konservativen Partei, der „Verteidigerin der Kirche und des Glaubens“, und stellte den Gläubigen frei, politisch für die eine oder andere Partei zu optieren. Ohne konfessionell zu sein, vereinte die Christdemokratie in ihrer Mehrzahl gläubige Katholiken, da die Partei sich programmatisch im wesentlichen auf die katholische Soziallehre stützte. Viele andere Katholiken gingen weit darüber hinaus und reihten sich in die marxistischen Parteien oder in die Radikale Partei ein, die unter einem starken antiklerikalen, freimaurerischen Einfluß stand.

Die sechs Jahre Frei-Regierung brachten einen weiteren Schritt in diese Richtung. Viele, die nicht mit Frei einverstanden waren, orientierten sich immer mehr nach links. Ein erstes öffentliches Zeichen dafür war die Gründung der sogenannten „Iglesia J6ven“ (Junge Kirche) im Jahre 1967, die in spektakulärer Weise durch Besetzung der Kathedrale von Santiago in Erscheinung trat. In diesem Zusammenhang kann auch auf die Bildung des MAPU hingewiesen werden, der gerade in einem Teil des Klerus (und an den Universitäten) eine starke Basis hatte. Im Wahlkampf von 1970 betonte die Kirche, daß sie keine konkrete Option empfehlen könne und jeder Katholik selbst zu entscheiden habe, welcher Weg der geeignetste sei, um die Probleme der chilenischen Gesellschaft zu lösen. Kardinal *Raúl Silva Henríquez* suchte Allende auf, noch ehe der chilenische Kongreß seine Wahl bestätigt hatte, und die Beziehungen zwischen katholischer Kirche und der neuen Regierung entwickelten sich in dieser Phase durchaus positiv. Allende bat zur Eröffnung seiner Mandatszeit um ein ökumenisches Tedeum in der Kathedrale, an dem alle Religionen in Chile unter Führung der katholischen Kirche teilnahmen.

Trotzdem hatte es die katholische Kirche unter der Allende-Regierung mit einer Reihe von Problemen zu tun. Die Neutralität der Kirche bedeutete ja kein Desinteresse an den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Problemen des Landes, sondern war vielmehr Folge der tiefen politischen Diskrepanzen unter den Katholiken. Die Kirche versuchte, als Vermittlerin aufzutreten, und nur in einem Fall machte sie von ihren disziplinarischen Möglichkeiten Gebrauch, ohne allerdings schwere Sanktionen anzuwenden. Dieser Vorfall stand im Zusammenhang mit der Bewegung für den Sozialismus „Cristianos para el Socialismo“, die in der „Erklärung der 80 Priester“ ihren Ausgang nahm. — In ihr hieß es: „Wir fühlen uns diesem Prozeß verpflichtet und wollen zu seinem Gelingen beitragen. Der letzte Grund für diese Verpflichtung ist unser Glaube an Christus. Solidarisch sein bedeutet in der Gegenwart in Chile, sich beteiligen an einem historischen Projekt, dessen Verwirklichung sich das chilenische Volk vorgenommen hat.“

Dies war deutlich eine Herausforderung der kirchlichen Hierarchie, denn die Erklärung verband politische Aktion und Glauben. Die Kirche mußte sich äußern. Sie hatte ihre Autorität in politischen Belangen selbst eingeschränkt, nicht aber in Sachen des Glaubens. Die offizielle Gegenklärung ließ nicht lange auf sich warten und rügte das Verhalten der 80 Priester. Zentraler Punkt der Kritik war, daß sie als Priester und nicht als einfache Bürger an der Tagespolitik teilnahmen. In einem anderen Dokument, einem sogenannten Arbeitsdokument, erläuterte die Kirche Chiles des näheren ihre Meinung über den Sozialismus: „Die Gefahren des Sozialismus entstehen aus der entgegengesetzten Richtung wie beim Kapitalismus. Das sozialistische System neigt dazu, ungeheure wirtschaftliche Macht in Händen des Staates anzuhäufen; wenn diese Macht nicht auf irgendeine Weise ausbalanciert oder begrenzt wird, kann hierdurch Tür und Tor für jede Art von Unterdrückung, Manipulation und Diskriminierung von Personen und Gruppen aus politischen Gründen geöffnet werden, und Demokratie, Gleichheit und Mitbestimmung, die man am Beginn verkündet hatte, werden illusorisch. Das hieße, von der egoistischen Unterdrückung durch viele private Kapitalisten — welche jedoch in der einen oder anderen Form vom Staat begrenzt werden kann — in die unkontrollierbare Unterdrückung durch einen allmächtigen staatlichen Kapitalismus hineinzuschlittern, dem die Arbeiter noch mehr ausgeliefert wären. Dieser ‚einfache Wechsel der Machthaber‘ oder der Übergang von vielen Herren zu einem einzigen oder noch despotischeren Herrn, welcher alle Entscheidungen alleine trifft, nützt niemandem. Deshalb verlangt auch der Sozialismus Gegengewichte, welche in ihm das notwendige Gleichgewicht zwischen Allgemeinbesitz und Privatbesitz, zwischen ‚Sozialisation‘ und ‚Personalisation‘ sichern; da ja ein Gemeinbesitz, der nicht die menschlichen Personen und eine volle Achtung ihrer Rechte und Entwicklung fördert, illusorisch und unmenschlich bleibt.“ Am Ende des Dokuments bestätigte die Kirche erneut ihre Unabhängigkeit gegenüber den politischen Parteien und bot ihre Vermittlung an: „Die Kirche leistet durch ihre Treue dem Evangelium gegenüber den Dienst der Einheit und des Dialogs, der aufrichtigen Öffnung zu allen und stellt diesen Dienst in erster Linie auch der Regierung des Landes zur Verfügung, die aufgrund ihrer Stellung ebenfalls dazu berufen ist, Achse der Einheit und Diener des Fortschritts für alle Staatsbürger zu sein.“

Die größte Sorge der Kirche während der Allende-Regierung lag in den moralischen Auswirkungen der extremen politischen Polarisierung. Als im Juni 1971 der ehemalige Innenminister *Edmundo Pérez Zújovic* ermordet wurde, mahnte der Kardinal bei der Totenmesse in der Kathedrale von Santiago: „Wir müssen den Haß besiegen, ehe der Haß die Seele Chiles zerstört.“ Wie berechtigt diese Sorge war, sollte sich im vollen und tragischsten Ausmaß erst nach dem Militärputsch von 1973 zeigen.

### III. Warum scheiterte Allende?

Warum scheiterte Allende? Viele meinen heute, es schon von vorneherein gewußt zu haben. Einen friedlichen Weg zum Sozialismus gebe es nicht. Der Sozialismus könne nur gewaltsam, in der Zuspitzung des Klassenkampfes und seiner Entscheidung zugunsten des Proletariats eingeführt werden. Erst wenn die politische Macht beim Proletariat liege, könne der Sozialismus siegreich sein. Jede revolutionäre Politik müsse deshalb versuchen, den Klassenkampf zu fördern und damit die Voraussetzungen für den Sieg des Proletariats über das Bürgertum herbeizuführen. Aus dem Putsch vom 11. September wird der Schluß gezogen, daß der demokratische Weg sich als untauglich erwiesen habe. Der Reformismus führe nicht zum Sozialismus. Diese Mensaisch-Argumentation verkennt die besonderen historischen Voraussetzungen Chiles zu dem Zeitpunkt, als die Volkseinheit die Wahlen gewann. Sie verkennt, daß der gewaltsame Weg zur Einführung des Sozialismus in Chile überhaupt keine Chance hatte. Sie will auch nicht sehen, daß die reformistische Linie der Revolution dadurch ihre Erfolgchance einbüßte, daß neben ihr die Praxis der dogmatischen Linie, die gewaltsame Aktion, geübt wurde.

Teilweise stützt sich diese sich nicht mehr in Frage stellende und nicht mehr zur Revision bereite These auf das Argument, daß der Versuch einer sozialistischen Revolution, der intern die politische Machtfrage noch unentschieden hält, nicht erfolgreich sein könne, weil die in- und ausländische Opposition die sozialistische Politik boykottiere. Die kapitalistischen Länder schnürten ein solches Land, das den Sozialismus demokratisch einführen wolle, wirtschaftlich ein und produzierten zusammen mit der ihnen verbundenen gesellschaftlichen Minderheit im eigenen Lande ein solches Wirtschaftschaos, innenpolitische Unsicherheit und Terror, daß schließlich die Streitkräfte zugunsten der Interessen in die Politik eingreifen würden, die durch die Arbeiter und Bauern bedroht seien.

Dieses Argument, der Imperialismus der kapitalistischen Länder, vor allem der USA, habe die chilenische Revolution zum Scheitern gebracht, hat sich inzwischen verselbstständigt und Aufnahme in breitesten Kreisen gefunden. Für viele bezeichnet es die entscheidende Ursache, weshalb die Volkseinheit scheiterte. Es ist der globale Imperialismusvorwurf, der erhoben wird und den tragischen Ausgang des sozialistischen Experiments in Chile erklären soll. Sicherlich trifft der Vorwurf in einigen Punkten zu. Die Frage ist nur, ob die These von der Allgegenwart des Imperialismus oder Neo-Imperialismus in den Ländern der Dritten Welt ausreicht, um das zeitweise Scheitern der Revolution in Chile begründen zu können. Ein solcher Vorwurf, der nationale Handlungsspielräume negiert, muß auf seine Stichhaltigkeit überprüft werden.

Wir müssen zunächst feststellen, daß Entwicklungsländer abhängige Länder sind. Die Abhängigkeit ist der Haupt-

grund, weshalb diese Länder unterentwickelt sind<sup>2</sup>. Zur Überwindung der Unterentwicklung ist es notwendig, die Abhängigkeit stetig zu verringern und damit die Bedingungen dafür zu schaffen, daß ein Entwicklungsland die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung befriedigen kann. Um dies zu erreichen, müssen natürlich Interessen der Industrieländer verletzt werden. Die Nationalisierung des Rohstoffabbaus ist ein notwendiges Mittel der Entwicklung, aber stößt sich mit den Interessen ausländischer Firmen. Diese werden versuchen, ihre Haut so teuer wie möglich zu verkaufen. Aber nicht nur dies. Ihr Interesse geht dahin, Verhältnisse in den Ländern, in denen sie Kapital angelegt haben, aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen, unter denen sie die besten Möglichkeiten haben, Gewinne zu machen. Natürlich hindert diese Haltung der ausländischen Unternehmen, die oft auch entscheidenden Einfluß auf die Regierungen ihrer Länder und auf die internationalen Kreditinstitutionen haben, eine erfolgreiche Politik eines Entwicklungslandes, erst recht eine sozialistische Politik. Aber von dieser Sachlage muß ausgegangen werden. Auch das Weltwirtschaftssystem ist so angelegt, daß es die Interessen der Industrieländer begünstigt. Es sind dies Tatbestände, die die Entwicklungsländer nicht nur kritisieren können. Sie müssen auch in ihrer Politik davon ausgehen.

### 1. Die wirtschafts- und entwicklungspolitischen Widersprüche

Allende wollte Chile zur zweiten Unabhängigkeit führen. Von einer solchen Politik, die für sich in Anspruch nahm, Chile ökonomisch unabhängig zu machen, durfte wohl angenommen werden, daß sie nicht nur ausländisches Eigentum nationalisierte, sondern auch die zu erwartenden Reaktionen des kapitalistischen Auslands antizipierte und die nationale wirtschaftliche Entwicklung dagegen abschirmte. Weit gefehlt! Allendes Politik machte Chile immer empfindlicher gegenüber dem Ausland. Die Ergebnisse der von ihm eingeleiteten Politik wurden auf diese Weise zunehmend durch den Boykott der wirtschaftlichen Gegeninteressen des In- und Auslandes mitbestimmt. Als dies der Volkseinheit sichtbar wurde, steigerte sie sich in eine Erwartungshaltung der Kooperation von revolutionärem Sozialismus und westlichem Kapitalismus hinein, von der von Anfang an nicht auszugehen war. Der nationale Handlungsspielraum gegenüber der Allende pausenlos angreifenden in- und ausländischen Opposition war von der Volkseinheit selbst fahrlässigerweise verringert worden und näherte sich gegen Ende der Allende-Regierung dem Nullwert.

Wenn ein Ziel der Allende-Regierung war, Chile vom ausländischen Kapital unabhängig zu machen (und auch keine Kredite aus sozialistischen Ländern zu erbitten), so mußte binnenwirtschaftlich dafür gesorgt werden, die

Kapitalakkumulation zu erhöhen. Es mußte mehr produziert und darauf hingearbeitet werden, die Produktivität (durch Investitionen im Ausrüstungsbereich) zu steigern und die chilenische Zahlungsbilanz ausgeglichen zu halten. Aber Allende leitete eine Politik ein, die zu genau gegenteiligen Konsequenzen führte. Im ersten Regierungsjahr wurde mittels Lohn- und Gehaltserhöhungen der Konsum zu Lasten der Investitionen im produktiven Sektor erheblich ausgedehnt. Das entsprach sicherlich auch einem wichtigen gesellschaftspolitischen Ziel, mit der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu beginnen und die Lebensbedingungen der unteren Bevölkerungsschichten unmittelbar zu verbessern. Diese Politik hätte jedoch mit den anderen ergriffenen Maßnahmen besser abgestimmt werden müssen.

Zwar reagierte die Industrie im ersten Regierungsjahr Allendes, stimuliert durch die gewaltig gesteigerte Nachfrage, positiv auf die Wirtschaftspolitik der Volkseinheit und zeigte eine hohe Wachstumsrate. Die positiven Produktionsfaktoren waren jedoch danach aufgezehrt: es gab keine freie Kapazität mehr, die internationalen Devisenreserven waren aufgebraucht, die Investitionsrate im Investitionsgüterbereich war gesunken. Hinzu kam, daß die Verstaatlichung der Industrien völlig planlos verlief. Im Programm der Volkseinheit hatte gestanden, daß man einen sozialisierten (staatlichen) Sektor, einen gemischten und einen privaten Sektor aufbauen wolle. Der staatliche sollte die politisch und entwicklungsstrategisch wichtigen Industrien umfassen und die nationale Produktion anführen. Man dachte an die Verstaatlichung von etwa 90 Unternehmen. Jedoch im März 1973 waren bereits über 300, am Ende der Allende-Regierung über 500 verstaatlicht oder interveniert. Die Rechtsgrundlage, ein bislang vergessenes Dekret aus der kurzfristigen ersten Sozialistischen Republik in Chile im Jahre 1931, wurde von der Opposition angezweifelt. Dieses Dekret begünstigte im übrigen die direkte Aktion, da Konflikte in den Betrieben, ob von innen oder außen produziert, Grundlage zum Eingreifen des Staates waren. Für den, der unter Sozialismus nur Verstaatlichung versteht, war die spontane Ausweitung des staatlichen Sektors der Wirtschaft eine erfolgreiche Politik. Die wirtschaftlichen Folgen waren jedoch verheerend. Der unkoordinierte staatliche Sektor erwirtschaftete keine Gewinne, sondern belastete mit riesigen Defiziten den Staatshaushalt. Infolge der Unsicherheit hinsichtlich einer möglichen Enteignung drosselten verständlicherweise die in privater Hand verbliebenen Firmen ihre Investitionen und ihre Produktion.

Auch die Agrarreform wurde ohne Rücksicht auf Produktionsschwerpunkte durchgeführt, vielfach nicht durch die Agrarreformbehörde, sondern durch direkte Landnahme der Bauern. Sicherlich, der Boykott der Großgrundbesitzer ist hier besonders hinderlich gewesen. Sie verwandelten ihr Vermögen in Geldkapital, das sie aus dem Lande herauschafften, wobei der chilenischen Landwirtschaft schwe-

rer Schaden zugefügt wurde (etwa Schlachtung von Zuchtvieh). Doch *Solon Barrclough*, lateinamerikanischer Landwirtschaftsexperte, stellte zu Recht in einem Bericht über die Landreform unter der Volkseinheit fest, daß die Differenzen der Parteien der Volkseinheit entscheidend für die Mängel der Agrarreform gewesen seien. Auch hier herrschte Definitionsvakuum über den Umfang der Reform und die Lösung des Organisationsproblems vor. In direkter Aktion wurden auch Betriebe enteignet, die nach dem Gesetz von 1967 nicht hätten angetastet werden dürfen. Dadurch wurde der verbliebene Privatbesitz an Land verunsichert. Die Forderung nach Errichtung von Staatsgütern stieß auf erheblichen Widerstand von Teilen der Landarbeiter. Jede Partei der Volkseinheit versuchte dort, wo sie die Macht dazu hatte, ihr eigenes Agrarmodell zu verwirklichen. Insgesamt kam die technische Beratung und finanzielle Assistenz der beschleunigten Enteignung nicht nach. Zwar wurde das Latifundium auf der Basis privaten Besitzes in Chile endgültig überwunden, aber auf Kosten einer unnötig hohen Abnahme in der Produktion landwirtschaftlicher Güter.

## 2. Die wirtschaftlichen Folgen für die Bevölkerung

Nachlassende inländische Produktion und gestiegene inländische Kaufkraft machten höhere Importe notwendig, wobei hervorzuheben ist, daß 50 Prozent der steigenden Importe der Ernährung der Bevölkerung dienten. Das mußte die Zahlungsbilanz Chiles belasten, die ohnehin durch die Krise des Kupfers als Hauptdevisenbringer höchst angespannt war. Denn die Nationalisierung des Kupfers führte nicht — wie von der Volkseinheit erhofft — zu höheren Einnahmen, da nun die Gewinne aus dem großen Kupferbergbau vollkommen im Lande verblieben. Die Produktion im Kupfer konnte nur geringfügig gesteigert werden, obwohl neue Anlagen (Andina, La Exótica) zu Jahresende 1970 ihre Produktion aufnahmen. Zudem erhöhten sich die Produktionskosten pro Einheit derart, daß die Betriebe teilweise (in El Teniente) an die Rentabilitätsgrenze stießen. Schließlich kam der Verfall des Kupferpreises auf dem Weltmarkt und andere Bedrohungen des chilenischen Kupfers durch die entschädigungslos enteigneten nordamerikanischen Unternehmen hinzu (Lieferungsstop für Ersatzteile, Abwerbung von Technikern, Beschlagnahme von Exportlieferungen). Allende sah bereits 1971, daß die chilenische Entwicklungspolitik nicht auf dem Kupfer fußen könne, sondern das Kupfer verteidigen müsse.

Das Außenhandelsdefizit erhöhte sich 1972 auf 500 Millionen US-Dollar. Die gleiche Lücke war im September 1973 auch für 1973 zu erwarten. Chile benötigte ausländische Kredite, um die Importe finanzieren zu können, und Zahlungsmoratorien, denn die drastische Verringerung seiner internationalen Zahlungsmittel machte es Allende unmöglich, den Schuldendienst zu erfüllen. Be-

reits zu Jahresende 1971 wandte er sich an den sogenannten Klub von Paris, die internationalen Gläubiger Chiles, um eine Umverschuldung zu erreichen. Nach zähen Verhandlungen wurde Chile um Zahlungen in Höhe von 600 Millionen Dollar in den Jahren von 1971 bis 1973 erleichtert. Aber das war letztlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Chile brauchte dringend Kredite.

Hier setzt nun der Vorwurf imperialistischer Kreditblockade an. Tatsächlich erhielt Chile nicht die geforderte Kapitalunterstützung. Doch wie sieht das Bild im einzelnen aus? Allende verschuldete Chile in den knapp drei Jahren seiner Regierung um über 822 Millionen US-Dollar. Diese Summe übertrifft die von der Vorregierung Frei in ihren ersten drei Regierungsjahren aufgenommenen Auslandsschulden um rund 100 Millionen US-Dollar, wobei der Aspekt nicht uninteressant ist, daß die Volkseinheit Frei gerne den Vorwurf machte, Chile zu sehr verschuldet zu haben. Die von Allende aufgenommenen Gelder stammten fast ausschließlich aus dem kapitalistischen Ausland. Von den ab 1. Januar 1971 gemachten Kreditzusagen sozialistischer Länder in Höhe von 291 Millionen US-Dollar wurden ganze 46,8 Millionen in Anspruch genommen. Rechnet man frühere Kreditzusagen sozialistischer Länder an die Regierung Frei hinzu, so wurden von insgesamt vereinbarten 395 Millionen US-Dollar nur tatsächlich 91 Millionen abgerufen. Weitere Kreditangebote aus sozialistischen Staaten über insgesamt 187 Millionen US-Dollar wurden von vorneherein nicht aufgegriffen, da die Chilenen ihre Konditionen nicht als akzeptabel betrachteten.

Daraus ergibt sich, daß vor allem die sozialistischen Kredite, die vielfach nur in gebundener Form bereitgestellt wurden, kein Ersatz für die westlichen Kredite waren, die ihrerseits als Folge der Nationalisierungspolitik der Allende-Regierung (entschädigungslose Enteignung!) nicht entsprechend den wachsenden Anforderungen stiegen. Bei den multinationalen Kreditinstitutionen sorgte bald auch der Vertrauensschwund in die chilenische Volkswirtschaft zu unnachgiebigen Haltungen gegenüber Chile. So scheiterte die UP-Regierung bei den Verhandlungen von August 1973, eine weitere Umverschuldung beim Klub zu erreichen.

Die wirtschaftliche Entwicklung hatte dramatische Folgen für die Bevölkerung: Versorgungsmängel, schwarze Märkte, Inflation. War es der Regierung im ersten Jahr gelungen, die traditionell hohe Inflationsrate auf 21,7 Prozent zu senken, so erreichte die Geldentwertung in den folgenden Jahren extreme Werte. Zu Ende der Allende-Regierung betrug sie ein Prozent pro Tag und mehr. Die Inflation machte die Lohnpolitik der Regierung zugunsten der unteren Schichten vollkommen zunichte. Um die Real-löhne der Arbeiter irgendwie aufrechterhalten zu können, erhielten die Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben einen Teil ihres Lohnes in Naturalien, den sie allerdings

dem Schwarzen Markt zuführten, auf dem das Vier- bis Fünffache des offiziellen Preises erzielt werden konnte. Die Ungleichgewichte waren auch durch eine „Kriegswirtschaft“, eine Wirtschaft organisierten Mangels, die Allende im Juli 1972 angekündigt hatte, nicht mehr auszugleichen. Zwar übernahm der Staat immer mehr Kontrollen, gründete neue Institutionen, etwa für die Verteilung der Güter, aber Allende schuf sich dadurch auch immer mehr innenpolitische Gegner: ganze Berufsgruppen begannen, ihn bis aufs Messer zu bekämpfen, etwa die Fuhrunternehmer und der Kleinhandel. Sie folgten bald den radikalsten Parolen der Rechtsopposition.

Die fehlerhafte Wirtschaftspolitik hatte zwei einschneidende Konsequenzen: Die Politik der Allende-Regierung war für die Gegner der Volkseinheit immer leichter zu torpedieren. Chile wurde immer abhängiger vom Ausland, das (im kapitalistischen Westen) kein Wohlwollen und (im sozialistischen Lager) — abgesehen von der verbalen — wenig Solidarität zeigte. Chiles unweite Unabhängigkeit fand nicht statt. Innenpolitisch verprellte Allende die Mittelschichten, die ihm zunächst, bei den Kommunalwahlen von April 1971, zuzulaufen schienen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bewirkten, daß Allende die Mehrheit der Wählerschaft verlor und damit die Voraussetzung eines erfolgreichen demokratischen Weges zum Sozialismus.

### 3. Der politisch-strategische Widerspruch

Der wirtschafts- und entwicklungspolitische Grundwiderspruch der Allende-Regierung fand sein Pendant im ideologisch-strategischen Bereich. Beide zusammen verwirklichten die relativ günstigen Voraussetzungen für die Verwirklichung des Modells eines demokratischen Sozialismus in Chile. Die marxistische Linke war von Anfang an gespalten in einen Flügel, der den zweiten Weg zum Sozialismus in Chile für möglich hielt, und in einen anderen Flügel, der auf der oben bereits skizzierten dogmatischen Linie, der gewaltsamen Konfrontation mit dem Klassegegner, beharrte. Die extreme Linke vom *MIR*, der „Bewegung der revolutionären Linken“ und vom *Altamirano*-Flügel der Sozialistischen Partei des Präsidenten Allende angeführt, kritisierte die politische Strategie, die das Programm der Volkseinheit enthielt (Klassenbündnis mit den Mittelschichten, demokratisches *Procedere*), weil sie davon überzeugt war, daß diese Strategie scheitern würde. Sie propagierte und forcierte deshalb in der Praxis ihre völlig andere Strategie. Je mehr institutionelle Widerstände auftraten, einen demokratischen Weg zum Sozialismus zu beschreiten, um so entschiedener brachten die Extremisten ihre Kritik vor. Sie wollten nicht sehen, daß vor allem die Nichteinhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung, die sie propagierten, einen Erfolg des „eigenen chilenischen Weges zum Sozialismus“ zunichte machen mußte. Nachdem Allende nicht von Anfang an entschieden die gewalt-

same Strategie bekämpfte und unterband, war vollkommen verständlich, daß diese zweite Strategie langfristig an Anhängerschaft gewinnen würde. Denn sie hinderte den Erfolg der ersten Strategie. Ohne nach den Gründen des Mißerfolgs zu fragen, gingen dann viele Gemäßigte zur Strategie des *MIR* über. Damit aber wurde das ganze sozialistische Experiment in Frage gestellt. Irgendwann würden die Streitkräfte eingreifen, um die Errichtung einer Diktatur des Proletariats zu vermeiden. Auf diese Konfrontation arbeiteten die Linksextremisten hin, vielfach in dem Bewußtsein, den Faschismus hervorzurufen als eines letztlich unvermeidlichen Zwischenstadiums im notwendigen, am Ende siegreichen Klassenkampf.

Während einige weniger kritische Beobachter der chilenischen Szene meinten, die doppelte Strategie sei letztlich ein Garant dafür, daß Chile den Sozialismus aufbaue, weil beide Strategien sich ergänzten<sup>3</sup>, begannen die chilenischen Kommunisten die Unverträglichkeit beider Strategien zu erkennen. Diese Erkenntnis, die Dieter Nohlen in seinem Buch: *Chile — Das sozialistische Experiment*, besonders betont hat, hat sich bei den Kommunisten nach dem 11. September nur noch vertieft. So führt Ex-Senator *Volodia Teitelboim* von der Kommunistischen Partei aus: „Wenn wir den Ursachen des zeitweiligen Scheiterns (der Revolution) nachgehen, dann müssen wir auch die negative Rolle der Existenz zweier strategischer Linien innerhalb der Volkseinheit und schließlich auch in der Regierung berücksichtigen, das Fehlen einer einzigen und folgerichtigen Strategie und Taktik, die Abwesenheit eines gut ausgearbeiteten Plans, um die volle Macht zu übernehmen.“

„Die Kommunistische Partei hat von Anfang an mit allem Ernst betont, daß die Volksbewegung die Aufgabe hat, sich in eine sichere Mehrheit zu verwandeln, um endgültig und unwiderruflich die Machtfrage zugunsten des Volkes zu entscheiden. Unsere Linie leninistischer Prägung schlug vor, den objektiven Bedingungen gemäß vorzugehen, sich treu an das Programm der Volkseinheit anzulehnen, das eine breite Einheit des Volkes anstrebte um die proletarische Säule der Mitte herum. Leider hinderte eine andere, entgegengesetzte und sektiererische Linie fortgesetzt die Anwendung der ersten, und zwar von außerhalb und von innerhalb der Volkseinheit. Sie legte die Politik der Volkseinheit lahm.“

Es hat der sozialistischen Revolution in Chile nicht an Wählerschaft, nicht an sozialer Basis, nicht an Massenmobilisierung gefehlt. Wenn man bedenkt, daß die Volkseinheitsparteien unter Bedingungen, die für sie äußerst nachteilig waren, noch bei den Wahlen vom März 1973 über 43 Prozent der Wählerstimmen erzielten, so kann man ermesen, wie entschieden die Masse der Anhänger die Regierung verteidigte. Sie erkannte zwar, daß die Regierung „Scheiße“ sei, wie es auf einem Wahlplakat der *MAPU* hieß, aber sie meinte auch, daß jene Regierung

ihre Interessen noch am besten vertreten würde. Diese Wählerschaft hat 1973 in viel stärkerem Maße als 1969 und 1970 politisch bewußt die Klassenposition gewählt. Auch wenn sie in der Minderheit blieb, hatte sie an Kampfkraft gewonnen. Zu keiner Zeit hat Allende seine Massenbasis eingebüßt. Die mächtige Demonstration zum dritten Jahrestag des Wahlsieges sollte dies noch einmal zeigen.

Es hat der Revolution dagegen an einer einheitlichen Führung gefehlt. Das ist der entscheidende innere Faktor gewesen, der das Scheitern der Volkseinheit hervorrief. Die doppelte Strategie war in sich widersprüchlich und nicht gangbar. Der demokratische und der gewaltsame Weg hinderten sich gegenseitig. Da aber der gewaltsame Weg von vorneherein wegen der Streitkräfte aussichtslos war, war der eigentliche Verlierer der demokratische Weg zum Sozialismus. Dies wurde nicht rechtzeitig erkannt oder von denen, die im Laufe des Prozesses die unausbleiblichen Folgen ahnten, zu wenig unternommen, um die zweite Strategie, die Strategie des MIR, zu unterbinden. So scheiterte das Experiment der Volkseinheit. Aber weder scheiterte damit die Idee eines demokratischen Sozialismus noch die chilenische Revolution schlechthin. Man kann mit gutem Recht sagen, daß der demokratische Weg zum Sozialismus infolge der doppelten Strategie eigentlich überhaupt nicht betreten wurde. Die internen Schwierigkeiten, die sich ihm in den Weg stellten, müssen zum Teil auf die illegalen und gewaltsamen Aktionen der Extremisten zurückgeführt werden. Zudem machte das Beharren eines Teils der Linken auf den illegalen, gewaltsamen Mitteln zur Einführung des Sozialismus den Versuch, einen legalen und friedlichen Weg zu gehen, von vorneherein als bloßes taktisches Operieren verdächtig. Diese und andere, aus der doppelten Strategie im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich hervorgehenden Probleme ließen die Volkseinheit nicht zur politischen Mehrheit werden. Damit verschloß sich der demokratische Weg.

#### IV. Die Christdemokratie unter Allende

Waren die internen Faktoren entscheidend für das Scheitern Allendes, so trug — innerhalb der Opposition — vor allem die inflexible und immer verschlossenerere Haltung der Christdemokratie gegenüber der Regierung zu diesem Ergebnis bei. Denn von der Nationalpartei und der ökonomischen Rechten hatte Allende ohnehin nichts anderes zu erwarten als entschiedene Opposition. Im Gegensatz dazu konnte er bei den Christdemokraten auf Verständnis hoffen, denn programmatisch waren Volkseinheit und die Christliche Linke, die das Tomic-Programm von 1970 bestimmt hatte, nicht so weit voneinander entfernt. Zudem hatten die Christdemokraten Allende im zweiten Wahlgang, den der chilenische Kongreß ausübte, mit zum Präsidenten Chiles gewählt. Dabei erfüllte Allende in

dem seinerzeit vereinbarten Verfassungsstatut die Bedingung der Christdemokraten, das demokratische System Chiles zu respektieren. Die DC verlangte keine Abstriche im sozialen und ökonomischen Programm Allendes. In den anti-kapitalistischen und anti-imperialistischen Strukturereformen herrschte vielmehr Übereinstimmung, so daß dieser Zeitpunkt ausgesprochen günstig war, ein weittragenderes Bündnis aufzubauen als jene auf die Wahl Allendes im Kongreß beschränkte Absprache. Immerhin kontrollierte die DC als stärkste Partei des Landes die Mehrheitsverhältnisse im Kongreß. Damals fehlte es weniger an der Disposition der Christdemokraten unter Führung des Tomic-Flügels, als vielmehr an der Einsicht der Volkseinheit. Statt einer den sozio-politischen Strukturen Chiles entsprechenden Bündnispolitik setzte sich in der Volkseinheit die Strategie des Klassenkampfes durch.

Diese Politik trieb die DC sehr bald in eine rechte Position und gestattete dem mehr rechtsorientierten Flügel um Eduardo Frei und Patricio Aylwin, langsam die Kontrolle der Partei wiederzugewinnen. Statt die soziale Basis der Volkseinheit auszuweiten und vor allem eine institutionelle Mehrheit anzustreben, bewirkte die Klassenpolitik genau das Gegenteil. Die mögliche parlamentarische Mehrheit wurde verspielt. Allerdings war die christdemokratische Basis prädisponiert für den innerparteilichen Orientierungswandel, nicht zuletzt aufgrund der sektiererischen und parteilichen Maßnahmen der Volkseinheit auf mittlerer und unterer Ebene, die der Kontrolle der Regierung entglitten. Entscheidend in dieser Entwicklung war die Ermordung des Ex-Ministers der Frei-Regierung und Ex-Vizepräsidenten *Edmundo Pérez Zújovic* im Juni 1971 und die Behandlung des die Christdemokraten tief bewegenden Ereignisses durch die Allende-Regierung. Wenige Wochen später stellten DC und Nationalpartei bei der Nachwahl eines Abgeordneten in Valparaiso einen gemeinsamen Kandidaten auf, der den Regierungskandidaten besiegte und damit — nach dem Wahlerfolg Allendes bei den (institutionell unwichtigen) Kommunalwahlen vom April 1971 — die Reihe der Wahlniederlagen der Volkseinheit einleitete.

Die Abspaltung der „Christlichen Linken“ von der DC, die als Bedingung für ein Verbleiben in der Partei gefordert hatte, keine weiteren Bündnisse mehr mit der politischen Rechten zu schließen (was vom Parteirat abgelehnt wurde), trug nur weiter dazu bei, die Macht des rechten Flügels innerhalb der DC zu konsolidieren. Andererseits bewirkte die Abspaltung, die der Spaltungspolitik der Kommunisten und ihrer Unterscheidung der Christdemokraten in „Freiisten-Rechte-Reaktionäre-Pro-Imperialisten“ einerseits und „Tomicisten-Linke-Fortschrittliche-Anti-Imperialisten“ andererseits zugeschrieben wurde, weitere Ressentiments der DC gegen die Volkseinheit, auch wenn kaum Einbrüche an der Basis gelangen. Seither gab es eigentlich keine Verständigung zwischen Regierung

und Christdemokraten mehr. Dabei ist hervorzuheben, daß die Führer des rechten Flügels sich noch in einer gemäßigten Position zu halten versuchten, während die Basis eine noch entschiedenere Opposition forderte. Dies wurde deutlich, als die Parteiführung unter Patricio Aylwin, die unter der Losung gewählt worden war, der Regierung „keinen Stich mehr gewinnen“ zu lassen, sich wenige Wochen vor dem Putsch zu Gesprächen mit Allende bereit erklärte. Die christdemokratische Basis nahm diese Entscheidung mit Mißtrauen und Unwillen auf.

Jener „Dialog“ ging auf Initiative des Kardinals Silva Henríquez zurück, der immer wieder als Vermittler zwischen den politischen Kräftegruppen aufzutreten versuchte. Im August 1973, als der offizielle Dialog zwischen der DC-Führung und Allende bereits gescheitert war, gelang es dem Kardinal noch einmal, Allende und Aylwin in seinem Haus zu einem Gespräch zusammenzubringen. Er tat es in einem letzten Versuch, diejenigen zusammenzuführen, die in jenem Moment — wie er meinte — dem Land eine politische und keine militärische Lösung der Krise verschaffen könnten. Nach dem Putsch abgegebenen Erklärungen des Kardinals zufolge machte Allende einige Konzessionen, doch hielt der Präsident sie nicht ein.

Ein entscheidender Punkt in den Forderungen, die die DC unentwegt stellte, war, daß die Regierung gegen die bewaffneten Gruppen vorgehe, die innerhalb und außerhalb der Volkseinheit ungestraft agierten. Das Gesetz über die Waffenkontrolle, von der DC im Kongreß eingebracht, wurde von Allende unter dem Druck der DC und der Militärs während des Oktoberstreiks von 1972 gegen den Willen der Volkseinheit unterzeichnet. Dieses „Schandgesetz“ (so die UP) wurde zum entscheidenden Instrument der Streitkräfte im Kampf gegen die bewaffneten Gruppen, den sie nach dem gescheiterten Putschversuch des Obersten Souper vom Juni 1973 begannen<sup>4</sup>. Die rigorosen Aktionen verschärfte die Gegensätze zwischen Regierung — Volkseinheit und den Streitkräften, so daß eine Regierungsbeteiligung des Militärs — die Alternative zu einer Übereinkunft mit den Christdemokraten — nach dem Bruch des „Kabinetts der Nationalen Verteidigung“ im August 1973 und dem Rücktritt von General *Carlos Prats* nicht mehr möglich war. Für die unter der Führung des MIR und des Altamirano-Flügels der Sozialistischen Partei stehende marxistische Linke gab das MIR-Organ „Punto Final“ auf der Titelseite der September-Nummer 1973 die Parole aus: „Das Wort hat der Genosse Mauser.“

Die Christdemokratie war unfähig, dem Land in den kritischen Monaten zu Ende der Regierung Allende eine politische Lösung anzubieten. Der rechte Flügel forderte praktisch eine bedingungslose Kapitulation Allendes, eine Haltung, die objektiv den Putsch förderte, über dessen soziale und politische Implikationen sich die christdemokratische Basis und Teile der Führerschaft völlig falsche Vorstellungen machten. Der linke Flügel war zu schwach,

um mit seinen Warnungen Gehör zu finden, was geschähe, wenn keine Übereinkunft zwischen DC und Allende herbeigeführt würde. Dies war besonders der Fall von Rado-miro Tomic. Seine Rolle beschränkte sich darauf, Vorschläge zu machen, für die bereits die entsprechenden Voraussetzungen nicht mehr bestanden.

## V. Konterrevolution, Christdemokratie und Kirche

Wenn wir zusammenfassend das letzte Jahrzehnt der chilenischen Geschichte beurteilen wollen, so standen sich — sieht man auf die demokratischen Willensbekundungen des Volkes — zwei politische Alternativen gegenüber: die sozialreformerische der Christdemokratie und die sozialistisch-marxistische, namentlich durch die Volkseinheit repräsentiert. Eine dritte Alternative, die konservativ-liberal-kapitalistische, getragen von der Nationalpartei und kleineren Gruppen der politischen Rechten, schien völlig ausgespielt zu haben. Der Putsch der Streitkräfte hat ihr am Ende des betrachteten Jahrzehnts wieder Geltung verschafft. Um dieses Ergebnis herbeizuführen, hat das politische System Chiles zerschlagen werden müssen. Ober- und Mittelschichten bildeten die soziale Basis der reaktionären Wendung, die die chilenische Geschichte durch den Militärputsch nahm. Für diese Entwicklung tragen sowohl Christdemokraten als auch Sozialisten-Marxisten ein hohes Maß an Verantwortung. Beide politischen Alternativen waren am Ende der Regierung Allendes unfähig, dem Land in der Krise eine Lösung zu geben. Sie spalteten und paralyisierten sich, und ihre gegenseitigen Kontakte in der Suche nach einem Kompromiß verloren sich in absoluter Sterilität. Das war der Moment, in dem die Streitkräfte zuschlugen und nachfolgend eine der brutalsten Diktaturen errichten konnten, die Lateinamerika je gekannt hat. Die Zahl der bisherigen Opfer des Putsches wird selbst von seiten der CIA auf über 25 000 Menschen geschätzt. Ein Jahr nach dem 11. September 1973 werden immer noch etwa 10 000 Menschen in Konzentrationslagern teilweise ohne Angabe von Gründen festgehalten. Kontinuierlich werden die Menschenrechte verletzt. Internationale Kommissionen haben darüber berichtet. Zeugnisse freigekommener Inhaftierter komplettieren das Bild.

Die Mittelschichten haben inzwischen erkannt, daß die Militärs sozial und ökonomisch eine Politik betreiben, die Chile in die alten Strukturen zurückführen soll, mit denen es in die sechziger Jahre ging. Die „Dekadenz“ Chiles beginnt nach Ansicht der Militärs mit dem Aufstieg der „partidos modernizantes“. Christdemokraten, Kommunisten und Sozialisten hätten versucht, Chile nach fremden, ausländischen Ideen zu formen. Sie hätten das nationale Zusammenleben vergiftet, die Geister verwirrt. Vorrangige Aufgabe sei es, das Land zu entpolitisieren und das Volk umzuerziehen. Ökonomisch wird der freie



Unternehmer wieder in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung gestellt, aber die sozialen Folgekosten tragen die unteren Schichten, aber auch Teile der Mittelschichten. Darauf gründen sich zunehmender ziviler Widerstand als Folge von Hunger und Not und neue politische Perspektiven.

Viele sehen in Kardinal Silva Henríquez, der freilich im Episkopat und auch in Rom nicht unangefochten ist, mit wohl der Mehrheit des Episkopats und einigen nichtkatholischen Kirchenführern die Kräfte, die dem Regime inneren Widerstand leisten. Das mag überraschen, wurde doch zunächst allenthalben, vor allem im Ausland, Kritik laut am allzu junta-freundlichen Verhalten des Kardinals. Hier muß berücksichtigt werden, daß unmittelbar nach dem Militärputsch der chilenische Episkopat nicht anders als große Teile der Bevölkerung unter dem Eindruck des *Vorher*, der chaotischen wirtschaftlichen und politischen Lage unter der Allende-Regierung, standen; der rasch erfolgreiche Putsch zerstreute die Befürchtungen eines langen Bürgerkriegs, unter denen Chile seit Oktober 1972 lebte. Welche andere Perspektive bot sich schon dem Land in jenen verhängnisvoll dramatischen Wochen vor dem Putsch? Erst langsam löste sich nach dem 11. September die Beurteilung der Junta davon, wie die Verhältnisse unter Allende bewertet wurden, und bildete sich mehrheitlich in Chile die Auffassung heraus, daß keiner der vielen Fehler Allendes die gegenwärtige Situation des Landes unter der Junta rechtfertige.

Zu keiner Zeit hat der Kardinal sein Engagement für soziale Reformen in Frage gestellt. Gegenüber den neuen Machthabern verlangte er die Beibehaltung und die Weiterentwicklung der sozialen Errungenschaften für die arbeitende Bevölkerung und die baldmögliche Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen. Angesichts der reaktionären Wirtschaftspolitik der Junta, die unter der Formel einer „sozialen Marktwirtschaft“ betrieben wird (Rückgabe der verstaatlichten Betriebe im Industrie- und Agrarsektor an die ehemaligen Eigentümer, Inflationsschübe, Lohnstops etc.), war der Konflikt zwischen dem Kardinal und der überwiegenden Mehrheit des Episkopats einerseits und der Junta andererseits unausweichlich. Vor allem aber die Abrechnung der Junta mit dem politischen Gegner, die Massenverfolgungen und Folter- und Exekutionspraktiken begründen eine Opposition der Kirche, die sich in der Erklärung der Bischöfe „Chile — ein Land von Brüdern. Die Versöhnung in Chile“ vom April 1974 niederschlug. Dort heißt es: „Die grundlegende Bedingung für ein friedliches Zusammenleben ist die volle Gültigkeit des Rechtsstaats, in welchem die Verfassung und die Gesetze eine Garantie für alle sind.“ Dann wird fortgefahren: ... Als Seelsorger sehen wir objektive Hindernisse für die Versöhnung unter den Chilenen. Solche Verhältnisse können nur überwunden werden durch die strikte Einhaltung der Menschenrechte, die die Vereinten Nationen und das II. Vatikanische Konzil verkündet haben und die in der „Erklärung der Grundsätze“ (der Junta, d. Vf.)

als „natürliche, vorgegebene und dem Staat übergeordnete Rechte“ bezeichnet werden. Die Achtung der Würde des Menschen ist unreal ohne die Achtung dieser Rechte“. Schließlich nennen die Bischöfe die sie bedrückenden Sorgen: das Klima der Unsicherheit und Furcht im Lande, die sozialen Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, die Neustrukturierung des Erziehungssystems ohne Beteiligung der Eltern, „das Fehlen eines effektiven Rechtsschutzes für die persönliche Sicherheit, welches zu willkürlichen oder zu langen Verhaftungen führt, ohne daß die Betroffenen oder ihre Angehörigen die konkreten Beschuldigungen kennen, auf die sich die Verhaftungen gründen, zu Verhören mit physischer und seelischer Folter, zur Beschränkung der Möglichkeiten juristischer Verteidigung, zu ungleichen Strafmaßnahmen für ein und dasselbe Delikt an verschiedenen Orten, zu Einschränkungen des Appellationsrechts“.

Die herrschende Pressezensur gestatte nur eine auszugsweise Veröffentlichung der Erklärung in der chilenischen Tagespresse (vgl. den Wortlaut in „Mensaje“, Mai 1974). Die Botschaft der Kirche war den Militärs ein Dorn im Auge. Besonders General *Gustavo Leigh* wettete gegen den Episkopat und förderte Spaltungstendenzen, indem die junta-apologetischen Gegenerklärungen der Bischöfe von La Serena und Valparaiso, die gegen die Episkopats-erklärung votiert hatten, hervorgehoben wurden.

Die Christdemokraten waren in der Beurteilung des Putsches zunächst gespalten. Während Parteipräsident *Patricio Aylwin* und Ex-Präsident *Eduardo Frei* bekanntlich den Putsch anerkannten und die Entscheidung der Militärs rechtfertigten, veröffentlichte *Radomiro Tomic* mit zwölf weiteren führenden Christdemokraten eine Erklärung, in welcher sie den Putsch verurteilten. In dieser Frage entspann sich eine heftige innerparteiliche Kontroverse, die infolge der Suspendierung der Partei jedoch kaum an die Öffentlichkeit drang. Erst als allen Christdemokraten klar wurde, daß sie mit zu den Verfolgten der Junta gehören, änderte sich die Haltung des rechten Parteiflügels, der auch unter Kritik der europäischen Christdemokraten, vor allem der italienischen, stand. *Frei* suchte die innere Emigration, *Aylwin* protestierte verschiedentlich gegen Maßnahmen der Junta. Die im August erfolgte scharfe Zurechtweisung der Parteiführung durch den ehemaligen Innen-, jetzt Verteidigungsminister General *Oscar Bonilla*, ist geeignet, die innenpolitischen Fronten klarer zu definieren.

*Dieter Nohlen und Otto Boye*

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Siehe dazu und zur bewegten politischen Geschichte Chiles 1970 bis 1973 im einzelnen die Untersuchung von *Dieter Nohlen*, Chile — Das sozialistische Experiment, Hamburg 1973. <sup>2</sup> Zum Problemkreis Abhängigkeit und Unterentwicklung siehe jetzt *Dieter Senghaas* (Hrsg.), Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt 1974 und *Dieter Nohlen / Franz Nuscheler* (Hrsg.), Theorien und Indikatoren der Unterentwicklung und Entwicklung, Hamburg 1974 (= Band I des Handbuchs der Dritten Welt). <sup>3</sup> *Dieter Boris / Elisabeth Boris / Wolfgang Ehrhardt*, Chile auf dem Weg zum Sozialismus, Köln 1971. <sup>4</sup> Zu den Geschehnissen in den Wochen und Monaten unmittelbar vor dem Putsch vom 11. September siehe *Dieter Nohlen*, Feuer unter der Asche. Chiles gescheiterte Revolution, Baden-Baden 1974.